

# Calmer Tagblatt

Nr. 211.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

96. Jahrgang.

Verlagspreis: 6 mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Die kleinste Zeile 60 Pf. wöchentlich. Auf Samstagsanzeigen kommt ein Zuschlag von 100%. Fernspr. 2.

Samstag, den 10. September 1921.

Bezugspreis: In der Stadt mit Frachtlohn Mk. 12.00 vierteljährlich. Postbezugspreis Mk. 13.00 mit Postgeld. — Schlag der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

## Bayern und das Reich.

### Die Verständigungsformel.

Berlin, 9. Sept. Die „Vossische Zeitung“ meldet aus München unermüdet über die Umrisse der Einigungsformel. Bayern erkennt die Maßnahmen der Reichsregierung zur Sicherung der demokratischen Republik grundsätzlich an. Der Ausnahmezustand in Bayern wird den für das Reich geltenden Bestimmungen nach Möglichkeit angeglichen. Die bayerische Regierung erhält das ausschließliche Vorgehen für diese Bestimmungen. Sie gibt die Zusicherung, daß alle Maßnahmen gleichmäßig und ohne Parteirücksichten gehandhabt werden. Der bayerische Ausnahmezustand wird unter Einhaltung kurzer Fristen abgebaut. Heute nachmittag 5 Uhr tritt der Ministerrat zusammen, morgen früh werden die parlamentarischen Beschlüsse beraten, nachmittags soll dann der ständige Landesausschuß zusammentreten.

München, 9. Sept. Die bayerische Delegation ist heute vormittags 11 Uhr von Berlin zurückgekehrt. Sofort nach ihrem Eintreffen haben der Abg. Held und Staatssekretär Dr. Schwegler dem inzwischen nach München zurückgekehrten Ministerpräsidenten v. Kahr über die Verhandlungen in Berlin eingehend Bericht erstattet. — Der bayerische Ministertrat trat heute nachmittag 5 Uhr zusammen, um sich mit der Angelegenheit zu beschäftigen.

### Die bayerische Regierung besteht auf der Aufrechterhaltung des Ausnahmezustandes.

Berlin, 10. Sept. Der „Berliner Lokalanzeiger“ meldet aus München, daß die Verhandlungen zwischen den bayerischen Abgeordneten und der Reichsregierung folgendes Ergebnis gehabt hätten: Bayern verlangt, daß gegenüber den Reichsausnahmegesetzbestimmungen vom 29. 8. die Landeszuständigkeit gewahrt bleibt. Ein Kompromißvorschlag will an Stelle dieser Reichsverordnung eine neue mit den Landesbehörden als erste Instanz und mit Vorschlagsrecht beim Reichslandesausschuß einführen. Das sei für Bayern unannehmbar. Bayern verlangt unveränderte Aufrechterhaltung seines Ausnahmezustandes bis zur befriedigenden Aenderung der Verhältnisse. Im Ministerrat soll Ministerpräsident v. Kahr, wie der „Berl. Lokalanzeiger“ weiter meldet, bereits seinen Rücktritt angekündigt haben, wenn der bayerische Ausnahmezustand aufgehoben werde. Die Beratungen werden heute vormittags mit den Koalitionspartnern stattfinden und dann mit dem Landtagsausschuß mit der Sache betraut werden.

Auch das „Berliner Tageblatt“ meldet, daß sich im Laufe des gestrigen Ministerrats die Aussichten auf Annahme der Berliner Vorschläge verschlechtert hätten, sodas möglicherweise mit einer erneuten Stockung der Verhandlungen zu rechnen sei.

Einer Zeitungs-Korrespondenz zufolge hofft man in Berliner Regierungskreisen und Reichstagskreisen, in der Sitzung des Nebenwahlausschusses am Montag zu einer befriedigenden Einigung der bayerischen Frage zu gelangen. Am Dienstag sollen erneut interparteiliche Beratungen der drei Mehrheitsparteien im Reich über die politische Gesamtlage stattfinden.

### Berliner Pressestimmen.

Berlin, 10. Sept. Die „Germania“ sagt bei Besprechung der Berlin-Münchener Verhandlungen: Die Reichsregierung gibt gern, was die Bayern brauchen, um sich in der Welt als Bayern auszuweisen zu können. Nur darf dabei die einseitige und feste Führung der Reichsregierung nicht behindert werden. Es liegt jetzt besonders bei der bayerischen Regierung, endlich wirklich gute Politik zu machen. Die Reichsregierung wird die betretene Linie unter allen Umständen durchhalten. Die Stellung der Reichsregierung ist eine sehr feste, ihre Autorität im übrigen Süddeutschland eine so anerkannte und besonders geehrt der Reichstagspräsident ein solches Vertrauen in den weitesten Kreisen, daß es ausreicht, auch einen kleinen bayerischen Sturm zu beschwigen. Wir wünschen diesen selbstredend nicht. Die Entscheidung darüber liegt in München.

Die „Freie Presse“ erklärt, daß eine Einverständniserklärung der U.S.P. zu dem Kompromiß mit Bayern nicht vorliegt. Die Vertreter der Partei hätten an den Bestimmungen herbe Kritik geübt und rasche gesetzgeberische Maßnahmen zum Schutze der Republik verlangt.

### Die Reichsregierung gegen falsche Beschuldigungen.

Berlin, 9. Sept. Unter den zahlreichen unrichtigen Behauptungen, die von Münchener Blättern über die Reichsregierung aufgestellt werden, findet sich auch die Mitteilung der „Münchener Neuesten Nachrichten“, daß der Reichsminister des Innern daran arbeite, die Regierung Kahr zu befehligen. Sozialdemokratische Führer sollen in bayerischen Kreisen unter Umgehung der bayerischen Staatsregierung über Angelegenheiten lokaler Natur sich beschwerdeführend an die Reichsregierung gewandt haben. Dazu ist zu bemerken, daß nur in einem einzigen Falle von bayerischer Seite an den Reichsminister des Innern herangetreten wurde und zwar ist dies der Fall des Kahrer Telegramms, das der Reichsminister sofort in korrektester Weise der bayerischen Regierung bekannt gegeben hat.

## Keine Putschabsichten der nordbayerischen Sozialdemokratie.

Berlin, 10. Sept. Ein Münchener Telegramm des „Vorwärts“ betont, daß sich die nordbayerische Sozialdemokratie und die in enger Fühlung mit ihr stehenden Unabhängigen keineswegs an eine gewalttätige Aktion in ihrem Kampf gegen die Regierung Kahr denken. Die bayerische Arbeitererschaft behalte sich nach wie vor den Generalkrieg und unter Umständen einen Volksentscheid auf demokratischer Grundlage zwecks Abtrennung Nordbayerns von einem unbeherrschbaren „Kahr-Bayern“ vor. Die bayerische Sozialdemokratie werde niemals die Hand zu einem putschlichen Vorgehen in Nord- oder Südbayern, wie etwa die Ausrufung einer neuen Republik Nordbayern, gegen den Willen der Volksmehrheit hegen.

## Verführliche Haltung der christlichen Gewerkschaften.

Berlin, 9. Sept. Der „Deutsche“ veröffentlicht eine große Reihe von Versammlungsberichten von Gruppen des Deutschen Gewerkschaftsbundes, die alle getragen sind von dem christlichen Willen, dem Ziele der Volksgemeinschaft opfermütig zu dienen und eine Steigerung der politischen Leidenschaften abzulehnen. Unter anderem werden erwähnt die Christlichen Gewerkschaften von Offenbach, der Deutsche Gewerkschaftsbund, Hauptanschuß Dresden, die Christlich-nationale Arbeitererschaft Groß-Stuttgart, der Christliche Metallarbeiter-Verein, Ortsverwaltung Eschweiler.

## Der Reichsausschuß über die Zeitungsverbote.

Berlin, 9. Sept. Unter dem Vorsitz des Reichsministers Dr. Gradnauer verhandelte heute nachmittag der Ausschuß des Reichsrats über die Beschwerden der auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. August 1921 verbotenen Zeitungen. Die beschwerdeführenden Zeitungen waren vertreten. Nach längerer Beratung des Ausschusses verkündete Reichsminister Dr. Gradnauer folgende Entscheidung: Der Ausschuß hat mit Mehrheit seiner Mitglieder beschlossen: Es kann dahingestellt bleiben, ob nicht schon der Artikel 116 der Reichsverfassung die rückwirkende Kraft der Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. August 1921 ausschließt, es kann auch sonst dahingestellt bleiben, ob die Verordnung sich eine rückwirkende Kraft hätte beilegen können, jedenfalls ist der Ausschuß der Auffassung, daß nach dem Wortlaut der Verordnung Verbote nicht ergehen konnten wegen des Inhalts periodischer Zeitschriften vor dem Erlaß der Verordnung. Das Verbot der betreffenden sechs Zeitungen wird daher aufgehoben. Es handelt sich um die „Deutsche Zeitung“, „Deutsches Abendblatt“, „Deutsches Tageblatt“, „Süddeutsche Zeitung“, „Hamburger Warte“ und „Schmalktal“ in Gera.

## Die Tagung des Völkerbunds.

### Ein belgischer Delegierter über die politische Lage.

Genf, 9. Sept. Bei der Fortsetzung der Beratung über den Bericht des Völkerbundsrates in der heutigen Sitzung der Versammlung hielt der belgische Senator Lafontaine eine lange Rede, in der er in ergreifender Weise auf den gegenwärtigen lächlichen Zustand der ganzen Welt hinwies, und ein erschütterndes Bild von den furchtbaren Folgen eines neuen Krieges entwarf. Er sagte, man müsse sich unaußsprechlich vor Augen halten, was ein neuer Krieg mit allen seinen Schrecken für die Zivilbevölkerung bedeuten würde.

### Die russische Frage.

Genf, 9. Sept. In der heutigen Völkerbundsversammlung hielt Nansen eine lange Rede über das Hilfswerk, das das ungeheure Elend in Rußland mildern soll. Er erklärte in kategorischer Weise, daß man sich bei der Durchführung des Hilfswerks in jeder Weise auf die Sowjetregierung verlassen könne. Er habe bereits bei den Verhandlungen über die Rückbeförderung der Kriegsgefangenen die Erfahrung gemacht, daß die Sowjetregierung streng ihre Verpflichtungen erfülle. Trotz des Kriegszustandes habe sie mehr als die versprochene Anzahl Gefangener heimtransportiert. Auch die Kleiderlieferungen für die Kriegsgefangenen sind trotz des ungeheuren Wertes, die Bekleidungsstücke in Rußland haben, stets unter die ausländischen Soldaten verteilt worden. Es könne daher kein Zweifel darüber bestehen, daß die Sowjetregierung jetzt, wo es sich um Rußland handele, absolut zuverlässig sei. Diese Erklärung machte tiefen Eindruck in der Versammlung und auf den Tribünen.

Genf, 9. Sept. Auch die heutige Sitzung der Völkerbundsversammlung war der Aussprache über den Bericht des Völkerbundsrates gewidmet. Von den neun eingetragenen Rednern kamen drei zu Wort und zwar der belgische Senator Lafontaine, der norwegische Delegierte Nansen und der perische Delegierte Zelahel-Dauleh. Alle drei Redner bezeugten dem größten Interesse, weil sie mit Freimütigkeit und Mut die allgemeinen Probleme der Weltpolitik erörterten. Lafontaine entwarf ein eindrucksvolles Bild der heutigen Weltlage. Das Elend sei groß; die Mittel für seine Linderung noch nicht gefunden. Sechs Millionen Arbeitslose in den Ver. Staaten, 30 Millionen Sum-

gernde in Rußland, ein hinführendes Armenien, ein hilfloses Griechenland, Griechen und Türken morden sich, ohne daß die Welt den Mut habe, einzugreifen. Alle Handelsbeziehungen sind gestört und gehindert. Der vergangene Krieg sei furchtbar gewesen, unendlich viel furchtbarer würde ein künstlicher sein. Es müsse überall in der Welt ein so gewaltiger Protest gegen den Krieg hervorgerufen werden, daß der Wille entstehe, dem Schrecken des Krieges ein Ende zu machen. Der Redner setzte sich dafür ein, daß die Kriegsschulden vom Völkerbund übernommen würden und daß die Zollschranken unter den Völkern fielen, ein Plan, den man noch für einen Traum halte, den er aber dem Abdruck vorziehe, der sonst auf der Welt liegen werde. Der nationale Egoismus sei gegenwärtig auf seinem Höhepunkt angekommen.

Nansen trat für eine öffentliche Diplomatie ein und behandelte in der Hauptsache eingehend das russische Problem. Man vergesse allzusehr, daß Europa nicht ohne Rußland leben könne. Ein ungeheures Elend herrsche dort. Für Vieh und Menschen gäbe es täglich nur ein halbes Pfund Getreide. Großartiges sei bereits geleistet worden, noch viel größeres müsse aber getan werden, um die annähernd 30 Millionen Menschen vor dem sicheren Tode zu retten. Der Sowjetregierung müsse man Vertrauen schenken. Sie werde die Verteilung der gesamten Mittel gerecht vornehmen; wie sie auch bisher stets die übernommenen Verpflichtungen strengstens und genau erfüllt habe. Trotz des Kriegszustandes habe die Sowjetregierung die Abmachungen wegen des Heimtransports der Kriegsgefangenen eingehalten. Wöchentlich sollten 4000 Kriegsgefangene heimtransportiert werden. Es seien aber oft weit über 4000 wöchentlich befördert worden. Über 60.000 Anstrümlungen seien für die Gefangenen in Rußland geliefert worden, und er habe festgestellt wissen, daß diese 60.000 Anstrümlungen allen denen zugekommen seien, für die sie bestimmt waren. Nansen begrüßte es, daß schon zahlreiche Länder auf den Hilferuf Rußlands geantwortet hätten, unter anderem Deutschland, Schweden, Norwegen, Dänemark usw. Rußland sei noch immer reich. Nach dem Kriege mit Japan hätten drei gute Ernten genügt, um es wieder hoch zu bringen. Ausreichende Mittel müßten zur Verfügung gestellt werden.

Schließlich sprach noch der perische Delegierte Zelahel-Dauleh, der den Völkerbund aufforderte, im griechisch-türkischen Kriege seine Vermittlung anzubieten. Er hoffe, daß die Aufnahme neuer Staaten befriedigend geregelt und daß die oberösterreichische Frage gerecht gelöst werden würde.

Der Präsident schloß die Sitzung mit der Mitteilung, daß die Wahl der Richter für den internationalen Gerichtshof am kommenden Mittwoch stattfinden werde, und daß das Protokoll des internationalen Gerichtshofs nunmehr auch durch Venezuela ratifiziert worden sei.

Genf, 9. Sept. In einer Erklärung zum Stande der litauisch-polnischen Angelegenheit, die heute das Mitglied der politischen Abteilung Peter Denis Bertekern der Presse gab, betonte er, bei der Verwendung des litauischen Kartenmaterials für die Untersuchung der streitigen Fragen habe sich herausgestellt, daß das deutsche Kartenmaterial das gründlichste und brauchbarste sei. Trotz des Einwandes eines Pressevertreters, daß auf polnischer Seite Mißtrauen gegen das deutsche litauische und Kartenmaterial bestehe, beharrte der Vertreter auf seiner Meinung.

### Die Mandatsfrage.

Genf, 9. Sept. Auf Antrag des Präsidenten der Völkerbundsversammlung beschloß diese in ihrer heutigen Sitzung, die Motion Cecilis über die Mandatsfrage einer Kommission zu unterbreiten u. bis zur Erledigung durch die Kommission der Verhandlung der Mandatsfrage zu verschieben. Die Motion hat fol. Wortlaut: Die Versammlung bedauert die Verzögerung, die bisher die Mandatsfrage erlitt. Sie erkennt an, daß der Rat nicht die Verantwortung dafür trägt und verleiht der Hoffnung Ausdruck, daß es angebracht wäre, sofort an die Definition der Mandate A und B heranzutreten.

Der dritte und letzte Redner der heutigen Debatte über den Bericht des Völkerbunds war der perische Delegierte Zelahel-Dauleh. Er erklärte, daß die oberösterreichische Frage sich zu einem europäischen Skandal auswachse, falls sich nicht bald eine gerechte Lösung finde.

### Abrüstungs- und Blockadefragen.

Die 3. Kommission für Abrüstung und Blockade nahm die Prüfung des Berichts der internationalen Blockadekommission vor. Es entspann sich eine lebhafte Debatte, in der u. a. Biviani (Frankreich) in längerer Rede auf die Gefahr hinwies, daß gemäß Art. 16 ein Völkerbundsmitglied, das einem andern Mitglied den Krieg erklärt, sich mit allen andern Völkerbundsstaaten als im Kriege befindlich zu betrachten hat. Schließlich wurde eine Unterkommission beauftragt, präzise Schlussfolgerungen aus dem Bericht der Blockadekommission zu formulieren.

Regimentsfest der Grenadiere übergeben. Magagrenadiere.  
rg.  
hung  
er-  
nals  
iedhof  
September,  
2 Uhr  
ladet  
erat.  
Gitarrenklub  
1919.  
er, morgens 10 Uhr  
ammlung  
zahlreiches Erscheinen der  
sücht der Vorführung.  
ft zur  
ihle  
ung ab 15. Septbr.  
heres  
ssen.  
enzell.  
teigerung,  
zur „Post“ u. R. Hart  
g, den 13. September  
ab gegen Barzahlung:  
Sekretär, 1 Kleider-  
stelle m. Kost, 1 Wohn-  
weiträd. Hotelkarten.  
Porzellan-, Glas-,  
Wesepumpmaschine,  
Schne, Silberbesteck,  
Silbenteller, 1 Fab-  
retorium u. 1 ander.  
u. klein. Glaskolben.  
kohlestiefel Größe 2  
ampions u. Anderes.  
as: Größe 4 m x  
schneifer 1 m x 76 cm.  
advententier Kolb.  
Ausgekämmte  
Krausenhaare  
u. u. fortwährend  
risseur Odermatt.  
teyer oder Brodhaus  
onversations-  
Lexikon  
zu kaufen gesucht.  
Umg. unter S. 210  
die Geschäftsstelle dieses  
attes.

## Der österreichisch-ungarische Konflikt.

### Vorkläufige Räumung des Burgenlandes durch Oesterreich.

Wien, 10. Sept. Die österreichische Regierung hat der Interalliierten Generalkommission in Oedenburg zur Kenntnis gebracht, daß sie mit Rücksicht auf die Ueberfälle auf die Gendarmerieposten Zagersdorf und Agendorf und die sich täglich wiederholenden Angriffe auch auf die übrigen Gendarmerieposten, sowie mit Rücksicht auf das Verbot, andere Kräfte zur Sicherung des Burgenlandes zu verwenden, sich gezwungen sieht, die österreichische Gendarmerie aus dem Burgenland nach und nach bis an die alte Landesgrenze zurückzuziehen, um die nach einem unüberführbaren Uebernahmeplan zur friedlichen Besetzung ins Land gerufene Gendarmerie nicht weiteren Gefahren auszusetzen. Die österreichische Regierung hat von dieser Absicht auch die in Wien beglaubigten Vertreter der alliierten Mächte und die österreichischen Gesandten in London, Paris und Rom verständigt.

Die österreichische Regierung wird auch die ungarische Regierung von dieser Sachlage mit dem Beifügen in Kenntnis setzen, daß Oesterreich an seiner seit dem 26. 8. bestehenden Souveränität über das Burgenland feierlich festhält und die ungarische Regierung für jede Unbill verantwortlich macht, die einem burgenländischen Bürger wegen seiner Sympathien für Oesterreich etwa zugefügt werden sollte. — Nach den der Regierung zugekommenen telephonischen und sonstigen Informationen sind die Mächte nach wie vor fest entschlossen, Oesterreich zu seinem Recht zu verhelfen. Sie haben weiter angeklagt, daß Mittel und Wege gefunden werden würden, die Durchführung des Friedensvertrags zu erzwingen.

Budapest, 10. Sept. „Magyar Hírlap“ veröffentlicht eine Unterredung seines Wiener Berichterstatters mit einer Persönlichkeit der Wiener italienischen Gesandtschaft, die erklärte, es sei ein Irrtum, den scharfen Ton der Ungarn überreichten Ententente bloß Italien zuzuschreiben. Bei der Umredigierung der milde lautenden Note habe eine zweite Großmacht keine kleinere Rolle gespielt.

### Die Entente für die Durchführung des Friedensvertrags.

Wien, 9. Sept. Dem österreichischen Gesandten in Paris ist die entscheidende Versicherung gegeben worden, der Friedensvertrag müsse durchgeführt werden und werde auch durchgeführt werden, darüber könne Oesterreich sicher sein.

### Die militärische Lage an der Grenze.

Wien, 9. Sept. Nach einer amtlichen Meldung haben infolge der durch das Zurückgehen der Gendarmerie im Raume von Agendorf entstandenen Lage die im Grenzschutz stehenden Kräfte des Bundesheeres den Raum von Wiener-Neustadt gesichert.

Wien, 9. Sept. Zur Sicherung von Maltersdorf, das von der österreichischen Gendarmerie gehalten wird, sind die entsprechenden Maßnahmen getroffen worden. Nach hier vorliegenden Nachrichten ist bei den ungarischen Abteilungen eine Bewegung von Süden nach Norden zu bemerken.

Graz, 10. Sept. In den deutsch-ungarischen Ort Rudersdorf bei Fürstentfeld brach gestern eine Patrouille von Insurgenten ein und erprekte von dem Ortsrichter 200 000 und von einem Fabrikbesitzer 100 000 Kronen. Die Insurgentenpatrouille, die über ein Maschinengewehr verfügt, hält den ungarischen Grenzort besetzt.

Wien, 10. Sept. Amtlich wird gemeldet: In allen Grenzabschnitten ist die Lage unverändert.

### Zur auswärtigen Lage.

#### Eine Protestnote der Reichsregierung gegen die Abtrennungsverordnung für das Saargebiet.

Berlin, 9. Sept. Die Regierungskommission des Saargebietes hat bekanntlich vor einiger Zeit eine Verordnung über die Eigenschaft als Saareinwohner erlassen. Gegen diese Verordnung hat die Reichsregierung bei der Regierungskommission und beim Völkerbund Einspruch erhoben. In der Protestnote ist ausgeführt, daß für die Bestimmung des Begriffes Saareinwohner kein Raum sei, weil unter Wohnern des Saargebietes einfach die zu verstehen sind, die im Saargebiet wohnen. Die deutsche Regierung erklärt diese Verordnung für vertragswidrig. Dem nach ausdrücklicher Bestimmung des Versailler Vertrags soll die Staatsangehörigkeit der Bewohner des Saargebietes in keiner Weise berührt werden. Diese Rechtslage war aber unbestreitbar die, daß Inländer nur die deutschen Staatsangehörigen waren, denen die Ausländer, alle Personen, die nicht deutscher Staatsangehörigkeit waren, gegenüberstanden. Diesen Unterschied will die Regierungskommission beseitigen und an seine Stelle den Gegensatz von Saareinwohner zu Nichtsachbewohner setzen. Die deutsche Regierung legt nachdrücklich Verwahrung ein, durch diesen ersten Versuch durch Schaffung eines Rechtsinstituts, das einer besonderen saarländischen Staatsangehörigkeit gleichkommt, dem Saargebiet die Merkmale eines eigenen Staatslebens zu verschaffen. Dies steht im vollen Widerspruch zu den obersten Grundsätzen des Vertrages von Versailles, nach dessen klar ausgesprochenem Willen das Saargebiet lediglich ein vorübergehend der Regierung des Völkerbundes unterstellter Teil des deutschen Reichsgebietes ist, und in dem das Recht der Staatsangehörigkeit seiner Bewohner keinerlei Aenderung unterzogen werden kann, so daß dort Ausländer keine staatsbürgerlichen Rechte ausüben dürfen.

#### Die Ansichten der Alliierten über das Nationalitätenprinzip im Versailler Vertrag.

Berlin, 10. Sept. Der englische Lord Blyth hatte kürzlich in einer Rede Italien für den schuldigen Teil erklärt für die Zustände, die aus dem Versailler Vertrag entstanden sind. Italien hätte Sanktionen nicht annehmen dürfen, weil es dadurch das Nationalitätenprinzip verletzt habe, und Frankreich sei in seinem blinden Glauben gegen das besiegte Deutschland ebenso schuldig, wenn ein wirklicher Frieden nicht eintreten könne. Der italienische Senatspräsident Tittoni hat Lord Blyth geantwortet, daß er den ganzen Vertrag von Versailles für einen einzigen Verstoß gegen das Nationalitätenprinzip halte, doch sei der Vertrag nicht von Italien gemacht, sondern von den Verbündeten, von denen England die bedeutendste Rolle bei dem

## Antliche Bekanntmachungen.

### Betr. Mehlanweisungen.

Es wird wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß die Brotkarten nur für den Monat Gültigkeit haben, für den sie bestimmt sind. Dem Kommunalverband, der genau nach der Zahl der Versorgungsberechtigten Bevölkerung mit Mehl beliefert wird, ist es nicht möglich, einen sogenannten Vorschuß von Mehl zu geben. Die Mehlanweisungen werden alle 14 Tage erteilt und erhalten die Bäcker und Händler so viel Mehl als solches für die Versorgungsberechtigten auf 14 Tage benötigt wird. Eine gleichmäßige Verteilung an die Händler und Bäcker ist natürlich nicht möglich, denn der eine hat eine größere, der andere eine kleinere Kundenchaft, vielmehr wird die Zuweisung des Mehls nach der Zahl und dem Gewicht der zurückgegebenen Brotmarken vorgenommen. Dadurch kann es vorkommen, daß der eine oder andere Bäcker seinen Mehlvorrat vor der nächsten Mehlausgabe aufgebraucht hat, und um eine Zwischen-Mehlanweisung beantragt. Diesem Ersuchen kann in Zukunft nicht mehr entsprochen werden, denn dadurch würde diese Menge Mehl zu viel und zu früh verbraucht und bei der nächsten Mehlanweisung würde solches fehlen.

Calw, den 9. September 1921.

Kommunalverband: Bögel, Amtmann, A. B.

### Betreff: Ausländer.

Es besteht Veranlassung, die Schultheißenämter darauf hinzuweisen, daß sämtliche in die Gemeinden des Bezirks zureisenden Ausländer der Aufenthaltserlaubnis des Oberamts bedürfen.

Zu diesem Zwecke haben sich die Ausländer mit ihren Reisepapieren persönlich auf dem Oberamt einzufinden.

Calw, den 8. September 1921.

Oberamt. Bögel, Amtmann A. B.

### Betreff: Verarbeitung von Obst und Obstzeugnissen zu Branntwein.

1. Im Interesse einer einheitlichen Behandlung von Gesuchen um Erteilung der Erlaubnis zur Branntweinherstellung aus Obst, Obstzeugnissen und Rüstküsten von Obst hat die Landesverwaltungsstelle im Benehmen mit dem Ernährungsministerium die Oberämter ermächtigt, in allen Fällen für die Genehmigung, Abweisung, sowie Zurückziehung eines Gesuches Sporteln anzusetzen.

2. Unter Bezugnahme auf den Erlaß vom 27. Aug. 1921 Nr. 224 (Calwer Tagblatt Nr. 207), in welchem erwähnt ist, daß die Gesuchsteller auf ihre Kosten Gutachten maßgebender Sachverständiger beizubringen haben, bemerken wir noch, daß wir (anstelle der bisherigen Meldungen von Amtsdiensten und Schulheuten) bei verdorbenem Frischobst die Bestätigung eines Obstfachverständigen (Gemeindebaumwart oder Obstzüchter) für genügend halten und bei kleineren Mengen Most oder Obstwein diejenige eines Küfermeisters. Für größere Mengen Dörrobst, Obstmost und Obstwein ist das Gutachten eines Nahrungsmittelchemikers erforderlich.

3. Die Landesverwaltungsstelle teilt mit, sie habe Kenntnis davon erhalten, daß Ortsvorsteher Genehmigung zum Brennen von Most erteilen, obwohl sie hierfür nicht zuständig sind.

Die Herren Ortsvorsteher werden darauf hingewiesen, daß ihre Zuständigkeit auf die in Paragr. 2 und 3 der Verf. des Ernährungsministeriums über das Verbot der Herstellung von Branntwein aus Obst vom 8. Sept. 1920 (Staatsanz. Nr. 205), bestimmten Fälle beschränkt ist.

4. Unter den in Paragr. 2 dieser Verfügung genannten erwachsenen Haushaltungsangehörigen sind über 18 Jahre alte Personen zu verstehen.

Calw, den 8. September 1921.

Oberamt. Bögel, Amtmann A. B.

Zustandekommen dieses Vertrags innehatte. Bryos antwortete darauf und sagte, wenn die Auffassung Tittonis von den übrigen Verbündeten geteilt werde, so bleibe nur das eine übrig, den Versailler Vertrag sobald als möglich aufzuheben und an seine Stelle einen neuen Friedensvertrag zu setzen, der allen Nationen ihr Recht zurückgibt. Die deutsche und die amerikanische Presse schreibt zu dem Vorschlag des Lords, daß sie sein christliches Urteil einzuwickeln wisse, aber der Lord dürfe seine Nation nicht vergessen, die die Urheberin an diesem Uebel des Vertrages trage. England habe nicht allein alles aufgegeben, den Versailler Vertrag durchzusehen, sondern es habe sich auch gegen jede Aenderung gewehrt.

### Die englischen Gewerkschaften zur Abrüstungsfrage.

London, 9. Sept. Auf dem Gewerkschaftskongress in Cardiff erklärte der ehemalige Präsident der Bergleute, Smillie, die Lösung des Abrüstungsproblems hänge von der internationalen Eingetret der Arbeiter ab und davon, ob ihr erbitterter Kampf hart genug sei, um sie gegen ihre Regierung mitzusträuben zu machen. Die Gewerkschaft der Bergarbeiter habe beschloffen, im Falle des drohenden internationalen Kriegs die Bergarbeiter aller Nationen zu einer Konferenz zusammenzuberufen, um eine sofortige Stilllegung der Arbeit aller Bergarbeiter der Welt zu erreichen. Diese Entschloßung sei mit überwältigender Mehrheit angenommen worden.

### Die Kämpfe in Spanisch-Marokko.

Melilla, 9. Sept. Die arabische Artillerie hat die Stadt Melilla weiter beschossen. 150 Granaten fielen auf die Stadt, die meisten allerdings ohne zu explodieren.

## Deutschland.

### Der neue deutsche Oberkommissar für das besetzte Gebiet.

Berlin, 9. Sept. Dem als Oberkommissar für die besetzten Gebiete in Koblenz in Aussicht genommenen Fürsten Hoffeld-Wildenburg ist seitens der Volkskammerkonferenz das Agrement erteilt worden.

### Keine politische Beeinflussung der Kriegsbekämpfungsvorgänge durch die Reichsregierung.

Berlin, 9. Sept. In der Presse tauchen immer wieder Nachrichten auf, daß die Reichsregierung in den sogenannten Kriegsbekämpfungsvorgängen den Oberreichsanwalt angewiesen habe, möglichst schwere Strafen zu beantragen, und die Angeklagten zu opfern, um

der Entente den guten Willen Deutschlands zu beweisen. Es wurde auch bezweifel, daß das Auswärtige Amt kurz vor dem Beginn der Verhandlungen in Leipzig den Oberreichsanwalt veranlaßt habe, von der in Aussicht genommenen Darlegung der völkerrechtlichen Zuständigkeit des U-Bootkriegs Abstand zu nehmen. An diesen Nachrichten ist kein wahres Wort. Bezüglich des letzten Punktes ergibt sich dies schon daraus, daß der Oberreichsanwalt in seinem Plaidoyer in dem Prozeß gegen den Kapitänleutnant wegen der Verletzung des Lazarettsschiffes eingehend die Frage nach der Rechtmäßigkeit des Beschlusses, Lazarettsschiffe zu torpedieren, erörtert hat.

### Die französische Gewalt Herrschaft in der Pfalz.

Frankfurt-Main, 9. Sept. Der „Frankfurter Zeitung“ zufolge verließ die französische Regierung dem Provinzialbeauftragten der Pfalz, General Demeh, in Anerkennung seiner Verdienste um die friedliche Durchbringung der Pfalz (1) das Prädikat „Exzellenz“. Eine Verordnung erklärt die Speyerer Polizeimannschaft für abgesetzt, da sie unfähig sei, Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten. Die Polizeigewalt geht ab 8. September auf die Besatzungstruppen über. Nach den gelösten deutschen Polizisten wird gefahndet, um sie den französischen Besatzungsbehörden zur Verfügung zu stellen.

## Aus Stadt und Land.

Calw, den 10. September 1921.

### Der allgemeine Stand der Ernte.

Die Getreideernte ist allerorts beendet und gut und trocken unter Dach gekommen. Sie hat nach Menge und Güte, sowie nach Strobertrag allgemein befriedigt. Notweise gab es, auch bei Hafer, nur wenig. Die Druschergebnisse scheinen vielfach besser auszufallen, als erwartet wurde. Die niedergegangenen Regenfälle haben das Wachstum ungemein gefördert. Dem Dehnd konnten sie freilich nicht mehr viel nutzen, aber den Kartoffeln und den sonstigen Hackfrüchten kam die ersehnte Feuchtigkeit sehr zu statten. Wo, wie auf leichten, sandigen Böden das Kraut der Kartoffeln, infolge der langen Trockenheit, nicht schon ganz abgestorben war, sind es wieder frisch zu grünen an und die Knollen wachsen noch wesentlich nach. Auch die Zucker- und Runkelrüben, sowie die Kleefelder konnten sich etwas erholen. In manchen Gegenden haben die Weisen ihre frühere Farbe verloren und versprechen namentlich im Donaukreis noch ein reichliches Herbstfutter, so daß die geringe Dehndurde des Landes vielleicht doch einigermaßen noch ausgeglichen werden kann. Nur dürfen keine Frühfröste und keine neue Trockenheitsperiode eintreten. Die Obstausichten haben sich für Äpfel und Birnen etwas gebessert. Die Früchte sind noch gewachsen und fallen weniger ab. Einen recht günstigen Stand weisen die Weinberge fast überall auf, sie stehen fast durchwegs schön und zeigen oft vollen Behang. Ueber Feldmäuse und Engerlinge wird immer noch lebhaft geklagt. Sie richten in den Brachfeldern, besonders in Kartoffelfeldern und Gemüseländereien viel Schaden an.

### Nottschrei aus Oberschlesien!

hm. Spendet Lebensmittel, auch die kleinste Gabe ist willkommen! So tönt es uns entgegen von den hartbedrängten Oberschleslern. Das Land dort ist unbeschreiblich, es fehlt an allerdingsten. Auch Tausende von Flüchtlingen müssen versorgt werden, sollen sie nicht dem Hungertode zum Opfer fallen. Wer in der Lage ist, unverzüglich Lebensmittel abzugeben, und das ist in den Landgemeinden am ehesten der Fall, wie die opferfreudige Sammlung der Schüler in Reichenberg zeigt, der gebe was er kann. Die gesammelten Lebensmittel sendet man an: „Bereinigte Verbände heimattreuer Oberschlesier, Landesstelle Württemberg, Stuttgart, Neuer Bahnhof, Eingang 4 A Ludwigsburgerstraße. Fernruf 7016. Sätze (keine Papierstücke) werden umgehend zurückgesandt. Die gesammelten Lebensmittel werden durch vertrauenswürdige ehrenamtliche Personen in die schwersten heimgefluchten Gegenden gebracht. Darum spendet unbedenklich Lebensmittel. Wer dazu nicht in der Lage, gebe sein Scherlein bei einer der bekannten Sammelstellen ab.“

### Feuerungszulagen für Gemeinderäte.

Zu den Sitzungsgeldern der Gemeinderatsmitglieder können, nach einer Verfügung des Ministeriums des Innern in Regierungsblatt, durch Beschluß Feuerungszulagen von 30, 25 oder 23 M. zu den bisherigen Tagelohnen von 15, 10 und 7 M. gewährt werden, entsprechend den drei Gemeinderats-Württembergs (große, mittlere und alle übrigen Gemeinden). Die übrigen Dienstleistungen eines Gemeinderats außerhalb der Sitzung werden bekanntlich mit 15, 10 und 7 M. entschädigt. Durch einen besonderen Beschluß können Feuerungszulagen bis zu 30 M. gewährt werden. Die neuen Feuerungszulagen gelten auch für die übrigen Amtskörperchefsbeamten.

### Voranmeldung von Ferngesprächen.

Nach der neuen Fernsprechordnung können vom 1. Oktober ab im Fernverkehr Gespräche bereits am Nachmittag des Vortages gegen eine besondere Gebühr von 50 Pfennig für die Anmeldung eines jeden Gesprächs unter Angabe einer bestimmten Anmeldezeit bestellt werden („Vortagsanmeldungen“). Der Teilnehmer hat bei diesen Vortagsanmeldungen den Vorteil, daß er die Anmeldezeit beliebig bestimmen kann, seinerseits also nicht gezwungen ist, die Gespräche in früher Morgenstunden anzumelden. Daneben können auch vom 1. Oktober ab schriftliche Vortagsanmeldungen sowie Daueranmeldungen zugelassen werden, das sind Anmeldungen auf täglich zwischen denselben Zeitintervallen auszuführende Gesprächsverbindungen, die für einen längeren Zeitraum, z. B. 14 Tage, im voraus bestellt werden. Einrichtungen dieser Art werden jedoch nur in solchen Orten zugelassen, wo ein Bedürfnis dafür vorliegt. Die gewerbemäßige Anmeldung von Ferngesprächen durch Dritte ist nach der neuen Fernsprechordnung verboten und gilt als mißbräuchliche Benutzung des Anschlusses. Die Höchstdauer einer Ferngesprächsverbindung wird durch die neue Fernsprechordnung auf 15 Minuten begrenzt, damit die Leitungen künftig einem weiteren Kreise von Benutzern zur Verfügung gestellt werden können.

## Autmalisches

Ein im Westen

die Lage des

am Sonntag

und in der

Hauptfrage

Waldenbach, 9.

Ne Einweihung

Gemeinde statt.

Walden, welches

zu wurde, hatte

die einen würdigen

Einweihung

unter

und Grlanden

Zahl von Grlern

würdige Vereine

herr Stadtpfarrer

Beherede, in her

auf die Bedeutung

bet mit anschließender

dann ergriffen

Calw, der den

Bildhauer S. H. D.

übertragen war,

meinde Waldenbach

ging die Entschloßung

übernahm alsdann

dabei fälligen

des Berkes beige

baumlester Herbold

gen Künstler Schö

ter Weise erledigt

marktlichten und

gestaltet hatten.

mal nach dem

legte er einen

Es folgten noch

Herren Hauptlehrer

gelegten Kamera

Gammann n. na

ler von Calw

Herzliche Worte

Zeinach, Herr

bewegten Worten

überbrachte und

feier war von

Waldenbach umrah

Diebenzell, 10.

Kunft auf den

Frei Schlotth

Fernspr.

Nr. 109

Beze

2 Bau- und

2 Diensth

1 Maler (n

1 tüchtiger,

nicht unter

1 Schumma

1 Zimmerm

Calw, den 9.

Bauen

Es ist in leg

ohne die vorgef

zuwarten mit

den Bauen beg

selbst dadurch

festhalten. A

ber an Nachbarn

werden ver

Die Baupolize

mit aller Strenge

in dieser Hinsicht

Bauherrn, sond

Bauhandwerker.

Der Bauhandwerk

hauptvollständige

Verlangens aufm

den und befreit

Unabhängig v

besteht die zur

erforderlichen

Die Nachbar

sch, die Baupoli

zügen und wenn

baupolizeiliche

am Mitteilung

Calw, den 9.

Die Bau



**Dresdner Bank**  
Eigenkapital  
500 Millionen Mark  
Stuttgart Cannstatt  
Heilbronn Ulm

Lichtspieltheater Badischer Hof  
Morgen Sonntag mittag 3 Uhr und abends 8 Uhr.  
**Homunculus**  
III. Teil - Ein Titanenkampf  
mit Beiprogramm.

Am Sonntag  
ist das  
**Waldkaffee**  
für diesen Sommer das  
letztmal geöffnet.

**Wirtschaft zur  
Talmühle**  
wird wegen Betriebserweiterung ab 15. Septbr.  
bis auf weiteres  
geschlossen.

Färberei Strubberg  
Chem. Waschanstalt.  
Annahmestelle: Rane Schaible, Badstr.

**Achtung!**  
**Pferdezüchter!**  
Eine Trächtigkeitsversicherung bei der Ersten  
Württemberg. Viehvers. Ges. in Stuttgart kostet für  
Stute mit Fohlen nur Mk. 30.-  
**Große Vorteile! Feste Prämien!**  
**Keine Nachzahlung!**  
Abschluss auf 80-100% Entschädigung möglich.  
Keine Herabsetzung der Entschädigung (sog. Nach-  
tage). Bei Erkrankung infolge Geburt Verlänge-  
rung um 6 Wochen kostenlos.  
Anträge vermittelt:  
Friedrich Bubeck, Calw.

Frischhoffmann, Sellbach  
Schweine-Verband bei Stuttgart  
Fernsprecher 141.

Gedölte, moderne Betriebsanlage.  
Regelmäßiges Eintreffen großer Transporte erstklassiger  
kleiner und großer  
**Hannov. Einstell-Schweine**  
(Sauer Schlag) im Metz und Zucht wohl ortsweit best-  
geeignete Tiere. Reise hierher immer lohnend.  
NB. Diese Woche großer, frischer Bestand zu ausnahms-  
weis billigen Preisen.

**Sahrpläne** für den Bezirk Calw  
erhältlich das Stück zu 50 s  
in der Geschäftsstelle ds. Blattes.

Für Hochzeiten,  
Tanzveranstaltungen usw.  
empfehlen sich  
zwei perfekte  
**Harmonika-  
spieler.**  
Angebote an  
Fränke, Bröglingen  
Dietlingerstraße 31.

**Sessel**  
hat vorrätig  
M. Ginaber,  
Stammheim.

Maiz,  
Maismehl,  
Weizenkleie,  
Delmehl,  
Zuckermelasse,  
Futterkalk  
empfiehlt  
Otto Sang.

**Kaffee**  
in bekannt guter  
Mischung.  
roh und jede  
Woche frisch  
gebrannt  
empfiehlt  
C. Serva  
Fernsprecher-Nr. 120.

**Gute Kleie**  
(Hühner-Futter)  
empfiehlt  
F. Nonnenmacher.

**Landhaus  
-Villa-**  
in Liebenzell oder dessen  
Umgebung zu kaufen  
gesucht.  
Ausführliche Angebote über  
Einteilung und Zimmerzahl,  
Größe vom Garten nebst  
Preis erbeten unter N. W.  
211 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

**Briefmarken  
Sammlung**  
grösseres Objekt gegen so-  
fortige Kasse  
zu kaufen gesucht.  
K. Schlatter, Geislingen Stg.

10-20 **Leinwand**  
**Weizen**  
werden zu kaufen  
gesucht.  
Fernsprecher 74.

Für kleines  
Fabrikationsgeschäft  
wird hierzu  
geeignetes  
**Anwesen**  
hier oder in der Umgebung zu  
kaufen gesucht.  
Angebote mit genauer Be-  
schreibung d. Objekts, Größe  
v. Areal, Preis usw. sind zu  
richten unter N. W. 211 an  
die Geschäftsstelle ds. Blattes.

**Reinigungs-  
mittel**  
für  
Küchen  
und  
Wäsche

**Zeichnungen**  
auf die  
**5% Neckar - Anleihe**  
nimmt zu 99% bis 14. ds. Ms. entgegen  
**Spar- und Vorschussbank.**

**Steppdecken**  
(Neuanfertigung u. Aufarbeiten)  
**Karl Strohmaier, Kirsau**  
Polster- u. Dekorationsgeschäft Pletschenau.

**Oberschlesien**  
verwüstet und geplündert von polnischen Horden,  
der notwendigsten Lebensmittel u. Kleidung beraubt,  
**hungert.**  
Es ist dringend nötig durch **Sammlung**  
**unverderblicher Lebensmittel**  
den bedrängten Volksgenossen im Südosten zu helfen.  
Alleinige Lebensmittel-Sammelstelle für Würt-  
temberg: Vereinigte Verbände heimattreuer  
Oberschlesier, Stuttgart, Neuer Bahnhof,  
Eingang IVA, Ludwigsburgerstr., Fernspr. 7016.

Zur Herbstkartoffelversorgung  
empfehle  
**prima ausgereifte lagerfähige  
Kartoffeln**  
in kompletten Ladungen und kleineren Mengen  
zum billigsten Tagespreise  
franko jeder Eisenbahnstation.  
Schriftliche Bestellungen nimmt entgegen unter Zusicherung  
prompter Antilieferung ab Ende September-Oktober.  
**Friedrich Hubel, Gehingen.**  
Fernsprecher Nr. 1.

**Säffer** neue und  
gebrauchte  
150-800 Liter haltend verkauft  
**Fr. Schad, Käferlei, 3. Jungfer**

Montag, 10. September von vorm.  
7 Uhr ab, steht in unserer Stallung  
in Calw  
im Gasthaus zum „Löwen“  
ein sehr großer Transport erstklassiger,  
schwerer, junger

**Rälberläbe,**  
trächtiger **Rübe,**  
jung. **Milchlübe,**  
große Auswahl schwerer, hochträchtiger

**Kalbinnen,**  
sowie schönes  
**Jungvieh**

zum Verkauf, wozu Liebhaber zu Kauf  
und Tausch freundlichst einladen  
**Rubin, Salomon u. Max  
Löwengart.**

Ständiges Inserieren bringt Erfolg!

**Pauline Maier  
Gottlieb Ganzhor.**  
grüßen als Verlobte  
Calw Windhof (Calw)  
September 1921.

Sonntag, den 11. September  
**Konzert der Stadtkapelle**  
im Garten des Badischen Hofes.  
(Bei ungünstiger Witterung im Saal)  
Anfang 1/4 Uhr. Eintritt 2 Mk.

**Bekanntmachung.**  
Die Alleinvertretung für das Oberamt Calw des  
**Trockenschneidfeuerlöschers**  
**„Triumph“**  
(Preis mit Halter Mk. 100.-)  
hat die Firma Friedrich Stög, Messer-  
schmied, Calw, Lederstraße 165, übernommen.  
Großes Lager bereits vorrätig.  
**Engelbert Drexler, Generalvertreter.**

**Bad Liebenzell.**  
**Fabrik-Versteigerung.**  
Wegen Auflassung des Hotels zur „Post“ u. K. Han-  
mann verkaufe ich am Dienstag, den 13. September  
von vorm. 9 Uhr u. nachm. 2 Uhr ab gegen Barzahlung:  
**Schreinwerk:** 1 schön pol. Sekretär, 1 Kleider-  
ständer m. Vorhang, 1 Bettstelle m. Kopf, 1 Buch-  
leiter, 1 Kroketspiel, 1 zweiräd. Hotelkarren.  
**Rüchen- u. Hotelgeschirr:** Porzellan-, Glas-,  
Email- u. Eisengeschirr, 1 Messerputzmaschine,  
1 Eismaschine, Pajstemaschine, Silberbesteck,  
Serviettenringe, versch. Toilettenweimer, 1 Fuß-  
trichter, 1 Hackkloß, 1 Petroleum- u. 1 Lanter-  
nen, 1 kleiner Herd, groß u. klein. Glaskolben.  
**Verschiedenes:** 1 Paar Rohrstiefel Größe 42,  
Anfichtskarten, 1 Partie Lampions u. Anderes.  
**2 Firmenschilder in Glas:** Größe 4 m x  
140 cm u. 80 x 40 cm. 1 Dachfenster 1 m x 75 cm.  
Liebhaber sind eingeladen  
Stadtinventierer Koll.

**Ente**  
**Nudeln**  
das Pfund zu 7 Mark  
sind frisch zu haben bei  
**Heermann Schmitte.**  
**Wetenschwamm.**  
Verkaufe ein mittelformer,  
zirka 30 Wochen trachtige,  
gute  
**Muz-Ruh,**  
(Mäurer), sowie eine 20  
Wochen trachtige  
**Zucht-Kalbin**  
(Simmthalter).  
Jakob Pfrommer.

**Uspulun**  
von Bayer  
besies Belzmittel  
für alle Wintersaaten  
**Ritterdrogerie Calw.**

Nr. 212.  
Berständ  
und  
\* Die Reichs-  
im Hinblick auf  
durch die Ermor-  
Aufhebung des  
standes verhängt  
gleichzeitigen Be-  
und der Zeitung  
im Zusammenhan-  
verfassungsbrechli-  
wie behauptet wo-  
rischen Regierung  
aktive Auffassun-  
digkeit der Aufre-  
standen berechtigt  
auch für die Auf-  
weil die Links-  
und als Gegenat-  
langten. Auch  
Ermordung Erz-  
Regierung Rahr  
wohl bloß um  
haben. Da aber  
und Demokratie,  
Reich ankommen  
schen Regierung  
lung des Aus-  
niffe es gestat-  
auschusses abge-  
Aufhebung des  
Berordnung des  
sprechend dem V-  
geändert werde.  
Zuständigkeit der  
Reich beantragte  
Wir wissen nicht  
Bayern durchaus  
er infolge Berän-  
seinen Abgang fi-  
Kadtritt sich nur  
vollziehen, auf  
Mitte auch in  
Zentrum (bayris-  
Mehreheitssozialist  
wieder eine Ann-  
den Führer der  
sche Stofkraft be-  
Kämpfe wesentl-  
Im Interesse  
schen Landtags-  
heute die Aus-  
schwerer innerer  
wird sich wohl  
den geben.  
**Entgegenk-**  
München, 10.  
des händigen Lan-  
4 und 7 des Ver-  
nahme der Koalit-  
Zuständig für Be-  
nahme nach § 2  
bestimmten Stellen  
bezugsnehmender  
Schlagnahme ersuch-  
dahn geändert: G-  
entsprechen zu für  
Reichstagsauschu-  
gendersmaßen lau-  
schiede eingereicht  
dem Obersten Ger-  
Schlußbemezung  
der Voraussetzung  
rischen Regierung  
des Ausnahmestru-  
rer Ausprache zu  
sozialdemokratische  
beauftragt, alsbat-  
nehmen. Die nä-  
mittags 11 Uhr